

## **Bericht**

### **„Stadtumbau Ost und West – gegenwärtiger Stand und Zukunftsperspektiven“**

Die demografische Entwicklung und der wirtschaftliche Strukturwandel stellen die Stadtentwicklung vor große Herausforderungen. Damit sind zugleich auch Chancen verbunden, die sich durch den Stadtumbau für eine städtebauliche Erneuerung und Qualitätsverbesserung unserer Städte eröffnen. Mit den Programmen Stadtumbau Ost und Stadtumbau West hilft die Bundesregierung inzwischen bundesweit über 600 Kommunen bei der Bewältigung dieser zentralen Zukunftsaufgaben. Dabei stehen die Verringerung des Wohnungsbestandes, die Wiedernutzung innerstädtischer Brachen, die Innenentwicklung, die Aufwertung und der bedarfsorientierte Umbau der Stadtquartiere im Mittelpunkt einer nachhaltigen Strategie. Um den Stadtumbau in Ost und West auch in Zukunft wirkungsvoll zu unterstützen, hat die Bundesregierung die Mittel im Jahr 2007 um 55 Mio. € (auf insgesamt 185 Mio. €) Verpflichtungsrahmen angehoben. Der Bund sichert den Städten und Gemeinden im Rahmen der Städtebauförderung damit insgesamt 540 Mio. € Verpflichtungsrahmen für Maßnahmen der Stadtentwicklung zu. Mit der Novelle des Baugesetzbuches 2006 ist der besonderen Bedeutung der Innenentwicklung Rechnung getragen worden.

#### **Stadtumbau Ost**

Das Programm Stadtumbau Ost ist eines der wichtigsten Instrumente der Stadtentwicklungspolitik in den neuen Ländern. Es stabilisiert und aktiviert vor allem die Städte, die in besonderem Maße vom demographischen und wirtschaftlichen Strukturwandel, von Arbeitslosigkeit und Wohnungsleerstand betroffen sind. Drei Viertel aller ostdeutschen Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohnern sind in das Stadtumbauprogramm einbezogen (u.a. alle Groß- und Mittelstädte der neuen Länder mit Ausnahme von Potsdam). Entsprechend leben zwei Drittel der Einwohner Ostdeutschlands in einer Stadtumbaukommune. Mit dem Programm Stadtumbau Ost will die Bundesregierung ihren Beitrag für die Zukunftsfähigkeit der Städte und des Wohnungsmarktes leisten.

Wesentlicher Ausgangspunkt des Programms Stadtumbau Ost war der massive Wohnungsleerstand in den neuen Ländern. Zu Programmbeginn im Jahr 2002 standen mehr als eine Millionen Wohnungen (ca. 14,9 % des Wohnungsbestandes) in Ostdeutschland leer (Mikrozensus 2002). In den Stadtumbaustädten lag die durchschnittliche Leerstandsquote mit 16 % noch deutlich über diesem Wert. Im Wohnungsleerstand in den neuen Ländern dokumentiert sich ein tiefgreifender Strukturwandel (Geburtenrückgang, Abwanderung der Bevölkerung vor allem aus altindustriell-geprägten Regionen, Stadt-Umland-Wanderung im Umland gro-

ßer Städte, Wegfall von Arbeitsplätzen etc.). Dies hat nicht nur weitreichende Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit der Wohnungsmärkte. Die Urbanität, der gesellschaftliche Zusammenhalt, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die kulturelle Substanz vieler Städte in Ostdeutschland werden vor große Herausforderungen gestellt.

### Ziele des Programms

Das Programm baut auf den Empfehlungen der 2000 eingesetzten Expertenkommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Ländern“ auf. Mit ihm soll die Attraktivität ostdeutscher Städte und Gemeinden als Wohn- und Wirtschaftsstandorte gestärkt werden. Wesentliche Kernpunkte des Programms sind der Rückbau leer stehender, dauerhaft nicht mehr benötigter Wohnungen (insgesamt rund ein Drittel, d.h. 350.000 Wohnungen) sowie die Aufwertung der Innenstädte und erhaltenswerten Stadtquartiere in besonders von Schrumpfungprozessen betroffenen Städten. Darüber hinaus erhalten die Sicherung baukulturell wertvoller, das Stadtbild prägender Altbauten (seit 2005) sowie die bedarfsgerechte Anpassung und Rückführung der städtischen Infrastruktur in den Stadtumbaustädten (seit 2006) zunehmend an Bedeutung.

Das Programm Stadtumbau Ost verfolgt erstmals eine integrierte, gesamtstädtische Entwicklungsstrategie. Durch den 2002 abgeschlossenen Bundeswettbewerb Stadtumbau Ost wurde mit der Erarbeitung städtebaulicher Entwicklungskonzepte hierfür eine entscheidende Grundlage gelegt. In drei Viertel der Kommunen ist eine Fortschreibung der städtebaulichen Entwicklungskonzepte bereits erfolgt oder wird derzeit vorgenommen. Das Programm hilft Kommunen und Wohnungswirtschaft gleichermaßen, den Folgen der Leerstände umfassend zu begegnen. Zur Entwicklung gemeinsamer Strategien des Stadtumbaus kommt lokalen Kooperationen von Kommunen und Wohnungswirtschaft sowie der frühzeitigen Einbeziehung von öffentlichen und privaten Trägern eine entscheidende Bedeutung zu.

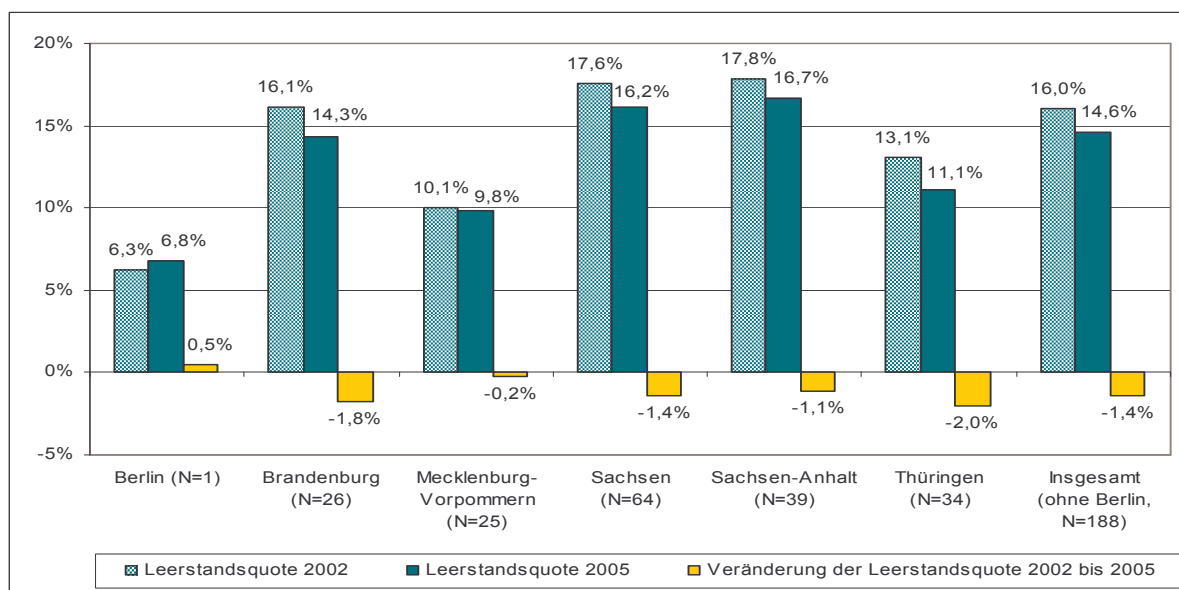
Seit Beginn des Programms werden 368 Gemeinden mit mehr als 820 Maßnahmen gefördert (siehe Anlagen). Für den Stadtumbau Ost werden in den Jahren 2002 bis 2009 insgesamt 2,5 Mrd. Euro von Bund, Ländern und Gemeinden bereitgestellt, wovon der Bund alleine rund 1 Mrd. Euro Finanzhilfen beiträgt. Bis 2007 wurden Bundesfinanzhilfen in Höhe von 800 Mio. € zur Verfügung gestellt. In den Jahren 2006 und 2007 wurde das Programm jeweils um 20 Mio. € (gegenüber Finanzplanung) auf 110 Millionen € Verpflichtungsrahmen aufgestockt, um die Kommunen insbesondere bei der Anpassung der städtischen Infrastruktur wirksam zu unterstützen. Die Finanzhilfen 2007 werden wie folgt auf die Länder aufgeteilt:

| Land                      | Stadtumbau Ost |                               |                             |                |
|---------------------------|----------------|-------------------------------|-----------------------------|----------------|
|                           | i. v. H.       | ursprüngliche Bundesmittel T€ | zusätzliche Bundesmittel T€ | Insgesamt T€   |
| Berlin für dessen Ostteil | 8,020          | 7.201                         | 1.604                       | 8.805          |
| Brandenburg               | 17,170         | 15.418                        | 3.434                       | 18.852         |
| Mecklenburg-Vorpommern    | 11,666         | 10.475                        | 2.333                       | 12.808         |
| Sachsen                   | 30,134         | 27.058                        | 6.027                       | 33.085         |
| Sachsen-Anhalt            | 17,227         | 15.469                        | 3.445                       | 18.914         |
| Thüringen                 | 15,783         | 14.172                        | 3.157                       | 17.329         |
| <b>Insgesamt</b>          | <b>100,000</b> | <b>89.793</b>                 | <b>20.000</b>               | <b>109.793</b> |

### Zwischenbilanz zum Stadtumbau Ost

Die Ergebnisse einer im Auftrag des Bundes durchgeführten Befragung der Stadtumbaukommunen in 2006 zeigen: Nach fünf Jahren Programmumsetzung sind positive Wirkungen des Stadtumbaus deutlich spürbar. Der Rückbau leer stehender Wohnungen ist gut voran gekommen und trägt zu einer Stabilisierung des Wohnungsmarktes bei. Bis Ende Februar 2007 wurden bereits über 193.000 Wohnungen zurück gebaut. Beim Leerstand wurde eine Trendwende erreicht.

### Wohnungsleerstand in den Stadtumbaukommunen 2002 und 2005 im Vergleich nach Ländern



(Quelle: Befragung der Stadtumbaukommunen 2006)

### Vollzogener Rückbau nach Angaben der Länder (Stand 28.02.2007)

| Land                   | Landesprogramme Rückbau in WE | Bund-Länder-Programm Rückbau in WE | Gesamt Rückbau in WE |
|------------------------|-------------------------------|------------------------------------|----------------------|
| Berlin                 | -                             | 2.485                              | 2.485                |
| Brandenburg            | 4.723                         | 28.766                             | 33.489               |
| Mecklenburg-Vorpommern | -                             | 13.664                             | 13.664               |
| Sachsen                | 14.015                        | 59.057                             | 73.072               |
| Sachsen-Anhalt         | -                             | 40.560                             | 40.560               |
| Thüringen              | 4.328                         | 25.704                             | 30.032               |
| <b>Gesamt</b>          | <b>23.066</b>                 | <b>170.236</b>                     | <b>193.302</b>       |

Der Schwerpunkt der Rückbaumaßnahmen liegt in über 90 % der Stadtumbaukommunen in den Plattenbausiedlungen. Bei den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen sind die Leerstände entsprechend von 16 % in 2002 auf 11,9 % in 2006 gesunken (Quelle: GdW). Damit hat sich – nicht zuletzt durch die Altschuldenhilfe nach der Altschuldenhilfeverordnung (Härtefallregelung § 6a AHG) – auch die wirtschaftliche Lage der Wohnungsunternehmen verbessert.

#### Aufwertung gewinnt an Bedeutung

Zur langfristigen Stabilisierung gehört aber auch, dass die Attraktivität der Städte wächst. Aufwertungsmaßnahmen sind bereits heute im Stadtbild sichtbar und tragen in einer Vielzahl von Stadtteilen zur Imageverbesserung bei. Gleichwohl kommen die gewünschten Effekte insbesondere in den Altbauquartieren noch nicht überall zum Tragen. Trotz eines hohen Sanierungsstandes von 70 % im innerstädtischen Altbaubestand, bilden Leerstände in den un-sanieren Altbauten ein Problem in den Kommunen. Dies betrifft insbesondere einfache Gründerzeitquartiere, aber auch historische Innenstädte. Deshalb gewinnt die zweite Säule des Stadtumbaus Ost, die Aufwertung der Innenstädte und erhaltenswerten Stadtquartiere, zunehmend an Bedeutung. Dazu gehört auch der Erhalt stadtbildprägender Bausubstanz.

Attraktive Innenstädte sind wichtige Standortfaktoren für die wirtschaftliche Entwicklung von Städten und Regionen. Innenstädte stiften Identität. Trotz einer insgesamt rückläufigen Wohnungsnachfrage in den Städten, erwartet die Mehrzahl der Stadtumbaukommunen im Altbaubestand eine stabile bis leicht positive Nachfrage. Deshalb müssen die Chancen der Aufwertung genutzt werden, damit eine positive Entwicklungsdynamik in den Städten ausgelöst wird. Stärker als bisher ist eine strategische Ausrichtung zugunsten der Innenentwicklung erforderlich. Neben der Bündelung von Förderprogrammen und -instrumenten kommt der Einbeziehung privaten Engagements und der Bildung von Eigentümer-

Standortgemeinschaften eine wichtige Bedeutung zu. Der Bund hat das Angebot eröffnet, entsprechende Modellvorhaben in Stadtumbaukommunen zu unterstützen.

### Neue Akzente 2007

Mit der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2007, die am 25. Mai 2007 in Kraft getreten ist, werden neue Akzente zur Weiterentwicklung des Stadtumbaus Ost gesetzt:

- Stärkung der Aufwertung gegenüber dem Rückbau (mindestens 50 % der Bundesfinanzhilfen sind für die Aufwertung einzusetzen; die Länder können nur dann von dieser Vereinbarung abweichen, wenn dies erforderlich ist, um ein Drittel der leerstehenden Wohnungen rückzubauen),
- Ausweitung von Sicherungsmaßnahmen als Alternative zum Rückbau (Anhebung der Mittel, die ohne kommunalen Eigenanteil für die Sicherung von das Stadtbild prägenden Gebäuden eingesetzt werden dürfen, von 3 auf 5 % des Gesamtvolumens),
- Effektivere Förderung des Rückbaus von Wohnungen (Verringerung der Rückbaupauschale von 60 € auf 50 €/m<sup>2</sup> rückgebauter Wohnfläche, nur bei Gebäuden ab 7 Geschossen bleibt es bei 60 €/m<sup>2</sup>),
- Experimentierklausel für den kommunalen Eigenanteil (Übernahme des kommunalen Eigenanteils durch geförderte Eigentümer ist bei besonderer Haushaltslage einer Kommune im Einzelfall möglich, die Kommune muss 10 % der förderfähigen Kosten selbst tragen). Dies stärkt die Aufwertung auch in finanzschwachen Kommunen.

Darüber hinaus beabsichtigt BMVBS, einen gesellschaftlichen Diskurs über den Umgang mit innerstädtischen Altbauquartieren im Stadtumbau und die künftige Gestalt der Städte anzustoßen (Kongress vorgesehen am 19. Oktober 2007). Ziel ist es, die Förderung des Rückbaus von denkmalgeschützten und Stadtbild prägenden Altbauten im Rahmen des Programms Stadtumbaus Ost einzugrenzen. Zusätzlich wird geprüft, AHG-berechtigten Wohnungsunternehmen die Option einzuräumen, bei Verzicht auf den Abriss von Altbauten die dafür bewilligte Altschuldenentlastung als Zuschuss für die Sanierung umzuwidmen.

### Perspektiven des Programms Stadtumbau Ost nach 2009

Der Koalitionsvertrag sieht vor, das Programm Stadtumbau Ost fortzusetzen und auf Basis einer Evaluierung zu entscheiden, wie und mit welchen Akzenten der Stadtumbau Ost über 2009 hinaus fortgeführt wird. Mit der nun angelaufenen Evaluierung hat BMVBS diesen Prozess eingeleitet (Abschluss im Frühjahr 2008). Die Evaluierung wird als Gemeinschaftsinitiative von Bund und Ländern unter Einbeziehung aller am Stadtumbau beteiligten Partner von

neutralen wissenschaftlichen Gutachtern durchgeführt. BMVBS hat hierzu eine Lenkungsgruppe berufen, die den Prozess fachlich begleitet. Die Evaluierung soll im Frühjahr 2008 mit Empfehlungen für die Fortführung und Ausgestaltung des Stadtumbaus Ost ab 2010 abgeschlossen werden. Als Ergebnis einer Ausschreibung wurden das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) und das Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (IfS) mit der Durchführung beauftragt. Zum Ergebnistransfer in Politik und Fachöffentlichkeit werden zwei Fachpolitische Dialoge zum Stadtumbau Ost durchgeführt. Der Erste Fachpolitische Dialog als Auftakt der Evaluierung hat mit breiter Resonanz am 5. Juni 2007 stattgefunden.

### Ausblick

Der mit dem demografischen Wandel einhergehende Wohnungsleerstand und seine Folgen bleiben für die Städte eine zentrale Herausforderung im Stadtumbau. Der seit Beginn der 1990er Jahre laufende Prozess des Einwohnerrückgangs in den neuen Ländern hat sich fortgesetzt. Nach den aktuellen Bevölkerungs- und Haushaltsprognosen werden sich diese Tendenzen nach 2010 verstärken. Nach der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes wird die Bevölkerung in den neuen Ländern im Zeitraum 2006 bis 2050 um 31 % sinken (in den alten Ländern um 14 %). Stadtumbau ist damit eine langfristige Aufgabe, die in Bund, Ländern und Kommunen fortgeführt werden sollte. Insbesondere die Stärkung der Innenstädte benötigt geeignete Strategien und Zeit, um die kulturelle Substanz der Städte zu erhalten und die Städte als Wohn- und Wirtschaftsstandorte zu stärken.

### **Stadtumbau West**

Wirtschaftsstruktureller Wandel und eine ungünstige demografische Entwicklung beschäftigt seit der Jahrtausendwende zunehmend auch Städte und Gemeinden in Westdeutschland. Probleme treten hier jedoch nicht akut und flächendeckend auf wie in den neuen Ländern, sondern eher punktuell und differenziert. Mit dem Programm Stadtumbau West will der Bund die Städte in den alten Ländern veranlassen, sich frühzeitig auf die notwendigen Anpassungsprozesse einzustellen. Das Programm setzt andere Akzente als beim Stadtumbau Ost und ist insbesondere weniger wohnungswirtschaftlich geprägt. Es soll die Konversion industrieller und militärischer Liegenschaften unterstützen und ermöglichen, Neubaugebiete der 1950er bis 1970er Jahre an die heutigen Anforderungen anzupassen.

Stadtumbau West wurde 2002 zunächst als Forschungsfeld im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) begonnen. Mit fortschreitendem Problembewusstsein und Handlungsdruck ist 2004 ein eigenes Bund/Länderprogramm Stadtumbau West aufgelegt worden.

### ExWoSt-Modellvorhaben als Basis des Programms Stadtumbau West

Das ExWoSt - Forschungsfeld „Stadtumbau West“ wurde 2002 mit Finanzhilfen des Bundes in Höhe von zunächst 15 Mio. € (Verpflichtungsermächtigung) gestartet.

Auf der Grundlage von Ländervorschlägen wurden Pilotprojekte zum Stadtumbau in 11 Kommunen (Selb, Wildflecken, Bremen, Pirmasens, Oer-Erkenschwick, Wilhelmshaven, Lübeck, Völklingen, Bremerhaven, Salzgitter, Albstadt) ausgewählt und mit Mitteln des Bundes und der Länder (einschließlich Gemeinden) gefördert. Durch weitere 15 Mio. € im Haushaltsjahr 2003 konnten fünf zusätzliche Projektstädte (Hamburg-Wilhelmsburg, Saarbrücken, Schwalm-Eder-Kreis, Gelsenkirchen, Essen) und zusätzliche Maßnahmen gefördert werden.

Charakteristische Beispiele sind:

Bremen - In Osterholz-Tenever (Hochhaussiedlung mit 2.650 Wohnungen in 5- bis 22-geschossigen Wohnblöcken am Rande der Stadt, 11 km von Bremer Innenstadt entfernt, starke soziale und bauliche Problemlagen, Leerstände bis 50 %, Konkurs eines Eigentümers von über 1.400 WE) werden die 3 Mio. € ExWoSt-Mittel für den Rückbau von ca. 880 Wohnungen und die Aufwertung von Wohnumfeld und Infrastruktur eingesetzt.

Gelsenkirchen: - befindet sich als Teil des Ballungsraumes Rhein-Ruhr und der nördlichen Emscherzone mitten im Strukturwandel mit kontinuierlichem Bevölkerungsrückgang, hoher Arbeitslosenquote, relativer Zunahme von Einwohnern mit Migrationshintergrund. Ziel des Stadtumbaus hier: Funktion der Innenstadt als zentralen Versorgungs- und Einzelhandelsstandort stärken, das Wohnen zielgruppen- und nachfrageorientiert stabilisieren und aufwerten; Umsetzung erfolgt mit Unterstützung von 2,7 Mio. € ExWoSt-Mittel in Form von Impulsprojekten in den drei Programmschwerpunkten "Stadterneuerung/Wohnen", "Einzelhandel" und als Sonderprojekt im "Tossehof" (integriertes Quartiersentwicklungskonzept mit Rückbau der GGW-Bestände bei gleichzeitiger Modernisierung der verbleibenden Wohngebäude, die Verbesserung der Wohnumfeldqualitäten und Aufwertung des öffentlichen Raumes, Verbesserungen hinsichtlich der baulich-energetischen Situation in der Siedlung und sozialintegrative Maßnahmen zur Stärkung des Siedlungsbereichs)

Selb (BY): Absatzkrise Porzellanindustrie Mitte der 90er Jahre: in nur 6 Jahren Beschäftigtenrückgang um 19%; Arbeitslosigkeit derzeit ca. 12%, Leerstände im Mietwohnungsbestand bis 14 %, die Bevölkerung altert: 42% der Einwohner über 50 Jahre; große Industriebrachen verteilt über die Stadt; 1 Mio. € ExWoSt- Mittel eingesetzt für Impulsprojekte im Stadtentwicklungskonzept: Bürgerideenwettbewerb für Zwischennutzung innerstädtischer Brachfläche; Rückbau und Aufwertung von sanierungsbedürftigen Geschosswohnungen im Stadtteil Selb-Ost einschl. Umzugsmanagement; Umnutzung leer stehender Gebäude für innovative ambulante und stationäre Betreuungs- und Pflegeangebote; städtebaulichen Aufwertung des Stadteingangs West

Nach nunmehr fünf Jahren Laufzeit wird das Modellvorhaben Anfang 2008 beendet. Ein Großteil der Städte steht kurz vor dem Abschluss ihrer Impulsvorhaben oder hat diese bereits umgesetzt. Vielfältige Erfahrungen konnten daraus und im Umgang mit dem städtebaulichen Instrumentarium sowie dem konzeptionellen und prozessualen Vorgehen gewonnen werden. Den ausgewählten Pilotstädten wurde in ihrer Rolle als Stadtumbau-Pioniere in Westdeutschland seitens anderer Kommunen, Länder und Bund sowie Verbänden und Immobilienunternehmen große Aufmerksamkeit zuteil. Wachsendes Interesse fanden die re-

gelmäßig in Form von Broschüren und auf der Website [www.stadtumbauwest.de](http://www.stadtumbauwest.de) veröffentlichten oder in Fachöffentlichen Foren und Projektwerkstätten diskutierten Ergebnisse des Forschungsfeldes Stadtumbau West.

### Zunehmendes Interesse westdeutscher Kommunen am Stadtumbau

Das Interesse westdeutscher Kommunen am Stadtumbau ist Ausdruck erheblicher Betroffenheit vom Strukturwandel insbesondere altindustrieller Kerne (z.B. im Bergbau, der Stahl-, Porzellan-, Textil-, Schuh-, Hafen- und Schiffbauindustrie), der den Städten neben Arbeitslosigkeit häufig auch innerstädtische Industriebrachen beschert. Städtebauliche Missstände verstärken rückläufige Bevölkerungsentwicklung und Wohnungsleerstand, oftmals begleitet von Integrationsproblemen. Von vergleichbaren Problemen sind auch Gemeinden betroffen, in deren Umfeld militärische Liegenschaften geschlossen wurden.

Hinzu treten veränderte Ansprüche an das Wohnen. Insbesondere in Wohnquartieren mit verdichtetem Wohnungsbau aus den 1960er und 1970er Jahren führen ein entspannter Wohnungsmarkt und veränderte Wohnwünsche zu Leerstand und / oder sozialen Problemen.

### Das Programm Stadtumbau West

Zur Gegensteuerung hat die Bundesregierung im Rahmen der Städtebauförderung 2004 das Programm Stadtumbau West mit Bundesfinanzhilfen in Höhe von 40 Mio. € gestartet.

Das Programm umfasst Finanzhilfen für die Kommunen und Investitionsanreize für Investoren mit folgenden Kernpunkten:

- Erarbeitung von integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepten als Grundlage für die Herstellung nachhaltiger städtebaulicher Strukturen in den Städten,
- Aufwertung der von wirtschaftlichem und militärischem Strukturwandel betroffenen Stadtgebiete (Wieder-/Umnutzung von Brachflächen, Stärkung der Stadtquartiere als Wohn- und Wirtschaftsstandort),
- Anpassen der Wohngebiete der 1950er bis 1970er Jahre an aktuellen Bedarf, Schaffung zukunftsfähiger, familiengerechter und generationsübergreifender Wohnformen, Vermeiden von Leerstand und Rückbau (wie heute in neuen Ländern).

Für die Städte eröffnet der Stadtumbau somit die Chance, neue Stadtqualitäten zu schaffen, die den geänderten Ansprüchen der Gesellschaft Rechnung tragen.

Das Programm Stadtumbau West unterstützt inzwischen 235 Kommunen bei der Bewältigung des demographischen und wirtschaftlichen Strukturwandels (s. Anlage). Zugleich wird deutlich, dass die Nachfrage von Kommunen nach Stadtumbaumitteln wächst. Dies geht auch aus den Programmanmeldungen der Länder hervor, die teilweise auf Überzeichnungen

hinweisen. Selbst Städte in Niedersachsen, das sich als Land nicht am Stadtumbauprogramm beteiligt, sind 2007 bereit, den Landesanteil zu übernehmen, um dem Handlungsdruck vor Ort gerecht zu werden.

Die Bundesfinanzhilfen betragen 2004 bis einschl. 2006 insgesamt 136 Mio. €.

Im Jahr 2007 stellt der Bund den alten Ländern insgesamt 75 Millionen € Verpflichtungsrahmen für die Förderung von Stadtumbaumaßnahmen zur Verfügung. Diese werden wie folgt auf die einzelnen Länder aufgeteilt:

| <b>Land</b>         | <b>i.v.H.</b>  | <b>T€</b>     |
|---------------------|----------------|---------------|
| Baden-Württemberg   | 11,973         | 8.979         |
| Bayern              | 14,163         | 10.622        |
| Berlin-West         | 5,749          | 4.312         |
| Bremen              | 1,433          | 1.075         |
| Hamburg             | 1,738          | 1.304         |
| Hessen              | 7,915          | 5.936         |
| Niedersachsen       | 12,886         | 9.664         |
| Nordrhein-Westfalen | 30,097         | 22.573        |
| Rheinland-Pfalz     | 5,792          | 4.344         |
| Saarland            | 2,401          | 1.801         |
| Schleswig-Holstein  | 5,853          | 4.390         |
| <b>Insgesamt</b>    | <b>100,000</b> | <b>75.000</b> |

Mit den ergänzenden Mitteln von Ländern und Gemeinden (insgesamt zwei Drittel) stehen bis 2007 insgesamt gut 630 Mio. € (davon 211 Mio. € Bundesmittel) für die Umsetzung des Programms bereit.

Im Haushaltsentwurf 2008 sind im Rahmen des Gesamtvolumens für die Städtebauförderung in Höhe von 505 Mio. € für den Stadtumbau West 58 Mio. € Verpflichtungsrahmen vorgesehen. Dies entspricht der mittelfristigen Finanzplanung. Das höhere Niveau von 75 Mio. € im Jahr 2007 geht darauf zurück, dass der Haushaltsgesetzgeber auf Initiative der Koalitionsfraktionen den im Regierungsentwurf vorgesehenen Verpflichtungsrahmen von 55 Mio. € um 20 Mio. € aufgestockt hat.

## **Fazit**

Der oben beschriebene Sachstand zeigt, dass der Stadtumbau im Verlauf von 5 Jahren konzeptionell, programmatisch und in der Umsetzung enorme Fortschritte in Ost- und Westdeutschland erzielen konnte.

Gleichzeitig intensiviert sich der Erfahrungstransfer zwischen Ost und West, der Unterschiede aber auch Gemeinsamkeiten beim Stadtumbau vermittelt, wie z.B. die Brachflächenproblematik und die Rolle der privaten Eigentümer.